

# Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Krensholtz, Dresden und Sachf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 48. Woche vom 1. Dezember bis 1. Dezember 1923, unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M., Einzelnummer 200 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Reklamzeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinverlegung 10 Pf.

Nr. 283

Dresden, Donnerstag den 6. Dezember 1923

34. Jahrg.

## Das Ermächtigungsgesetz

Einem Aufsatz des Genossen Fr. Stampfer im S.-P.-Dienst entnehmen wir diese Darlegungen:

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, war eine Ueberraschung für Freund und Feind, für die Presse, die die Ablehnung erwartet hatte, ja vielleicht auch für einen Teil der Abgeordneten selbst, die nach Berlin gekommen waren in der festen Meinung, daß an der Ablehnung nichts mehr zu ändern sei, und die dann doch selber das entgegengesetzte Resultat mit herbeiführen halfen.

Erleichtert wurde die Entscheidung durch einen Beschluß des Reichskabinetts, das Ermächtigungsgesetz in der Richtung auf die sozialdemokratischen Wünsche umzugestalten. Man sage nicht, daß der Ratschlag nur ein Vorwand war, der vor Erlass der Verordnung gebildet werden muß, bedenkenlos sei. Hier kann es den Sozialdemokraten gelingen, sei es allein, sei es mit Hilfe anderer, die Regierung davon zu überzeugen, daß sie sich auf falschem Wege befindet. Das Druckmittel einer Reichstagsauflösung und eines Antrags auf Aufhebung erlassener Verordnungen kann die Ueberzeugungskraft sozialdemokratischer Argumente nur verstärken.

Die Möglichkeit, praktischen Einfluß auszuüben, hängt auch im Reichstagsplenum für die Sozialdemokraten davon ab, ob es ihnen gelingt, für ihre Auffassung Bundesgenossen zu gewinnen. Ohne das kann sie auch im Reichstag nichts. Was sie durch Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes ausübt, ist nicht so sehr die Möglichkeit, praktischen Einfluß auszuüben, als das Recht, durch oppositionelle Haltung die Entscheidungen in regulären Reichstagsverhandlungen hinauszuzögern.

Man mag aber den Bericht der sozialdemokratischen Fraktion viel höher bewerten — was gewann sie durch die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes? Sie gewann dadurch gar nichts, sie verlor nur die letzte Möglichkeit, auf die zu erlassenden Verordnungen Einfluß zu nehmen. Sie nahm der Regierung nichts an ihrer Macht, sie lieferte ihr nur den Vorwand, sich durch Anwendung des Artikels 48 mehr Macht zu verschaffen, als das Ermächtigungsgesetz gewährt. Sie brachte die Regierung nicht zum Sturz, sondern den Reichstag zur Auflösung.

Das wollte die Fraktion nicht. Darum entschloß sie sich, für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Sie sah diesen Entschluß nicht in der Absicht, der Regierung März ein Vertrauensvotum auszustellen, beiläufig nicht! Eher könnte man umgekehrt sagen: Die Fraktion hat keine Lust, einer Regierung die grenzenlosen Vollmachten des Artikels 48 in die Hand zu geben, darum stimmt sie für ein Ermächtigungsgesetz, das diese Vollmachten enger umgrenzt.

Damit ist auch der Einwand erledigt, die Fraktion belaste sich mit der Verantwortung für die Verordnungen, die das marxistische Märzkabinet auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen wird. Davon kann gar keine Rede sein, das lehnt sie glatt ab. Mindestens ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, hätte sie sich durch Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes für all das verantwortlich gemacht, was dann auf Grund des Ausnahmeartikels erfolgt wäre.

Auch das Geschrei der Rechten über die angebliche Wahlangst der Sozialdemokratie kann uns nicht im geringsten imponieren. In ein paar Monaten, im nächsten Frühjahr, wird man ja sehen, ob die Sozialdemokratie Grund zur „Angst“ hatte oder nicht. Eitel wären wir, wenn wir auch nur die geringste Konzession machten, um eine „Klagenfrist“ zu gewinnen, das würde uns doch nichts helfen. Aber nicht minder wären wir Eitel, wenn wir uns Wahlen aufzwingen ließen just in dem Augenblick, der den Herren von rechts am besten gefällt. Freilich nur den ganz Unverantwortlichen unter ihnen! Diejenigen, die noch ein wenig Verantwortungsgefühl besitzen, müssen zurückgehen, daß Wahlen unter dem Belagerungszustand ein politischer Skandal wären und daß man nicht wählen kann, zhe nicht die freie Beteiligung der Rhein- und Ruhrbevölkerung gesichert ist, weil man sonst leicht eine Katastrophe für die Reichseinheit heraufbeschwören könnte.

Natürlich konnte man darüber, was die Fraktion tun sollte, zweierlei Meinung sein. Das beweist schon das Abstimmungsresultat: 13:58. Man konnte sich auf den Standpunkt stellen: „Die Sache ist im Rollen und auf ein paar Scherben mehr oder weniger kommt es schon nicht mehr an.“

Der Fraktionsbeschluß hat im letzten Moment den Reichstagen am Pressstein vorbeigesteuert. Nun wird man im Kreise der Parteigenossen diskutieren, ob das richtig war oder nicht. Solche Diskussionen können nützlich sein, wenn sie sachlich geführt werden.

### Kannitverstaht

Die neueste Wendung in der Politik unserer Reichstagsfraktion ist für die Partei so beläsend, daß wir v o l l e K l a r h e i t schaffen müssen über das, was sie bedeutet und was aus ihr folgen wird. Da unter allen Umständen die Sachlichkeit der Auseinandersetzung gesichert werden muß, haben wir alles mitgeteilt, was die berufenen Verantwortlichen dieser Politik zur Begründung angeben. Wir zitierten ausführlich den Vorwärts, wir geben die Reichstagsklärung des Genossen Scheidemann im Wortlaut und wir bringen vorstehend die Darlegungen des Genossen Stampfer. Besseres und im Sinne der Träger dieser neuesten Politik Zwingerseres kann kaum gesagt werden.

Und doch wird das Echo aus den Reihen der Parteigenossen stärker als jemals antworten: K a n n i t v e r s t a h t! Einer derartig verzwickten, trügerischen Schwanzstatistik mag ein Grad Erfklärbarkeit auf dem glatten Parlamentsparkett innewohnen, außerhalb des Hauses, im Volke ist kein Verständnis dafür zu gewinnen. Trotz aller Vermutungen, was kommen könnte, wenn wir das Ermächtigungsgesetz nicht ablehnten, bleibt doch die einfache Tatsache bestehen, daß die Sozialdemokratie einer Regierung Blankovollmacht gibt, in der sie nicht vertreten ist, deren Programm sie nicht billigt, deren Zusammenfassung sogar direkt reaktionär schillert, die mit Ausnahmezustand und Militärdiktatur das Volk traktiert, die ausgesprochenemassen die Arbeitszeit verlängert, die Sozialpolitik obhauen, die berechneten Volksmassen noch stärker belasten will. Uff! Man müßte noch mehr anführen, aber das genügt.

Einer derartigen Regierung das alles auszuführen ermöglicht also ausgerechnet die Sozialdemokratie! Und wenn jetzt die Schläge aufs Volk herniederfahren werden, so muß uns der nachträgliche Protest, daß „ausschließlich die Regierung“ die Verantwortung dafür trage, gar nichts, er wirkt nur komisch. Auch die Befürchtung, daß ohne Ermächtigungsgesetz das Kabinet Marz mit Hilfe des Artikels 48 der Verfassung „regieren“ werde, schreckt nicht. Der Ausnahmezustand ist ja bereits auf Grund des Artikels 48 verhängt — und wenn der Reichspräsident (nur er kann es!) an Hand dieses Artikels weitere Rechte befehlen, den Reichstag auflösen, die Diktatur vollständig machen will, so wird das Volk antworten und Rechenschaft fordern. Oder glaubt die Fraktion, daß ohne Ermächtigungsgesetz die ganze Demokratie, Volksvertretung und Republik zerstört werden? Wenn ja, wenn die Dinge so weit gediehen wären, so hält sie auch ein Ermächtigungsgesetz nicht mehr auf. Im Gegenteil!

Nein, das Entschlossenwerden an die Reaktionsgewalten hat eine Grenze. Mit der Teilnahme an dem Kabinet Stresemann war sie erreicht. Der Bruch befähigte, daß weiteres nicht mehr tragbar ist. Wechselt die Reaktion ihre Form, so haben wir ihr in gleicher Mauer Kampfstellung entgegenzutreten. Eine irgendwie geartete Erleichterung oder Anteilnahme an ihrer Ermächtigung muß ausgeschlossen sein. Eine Trikotkollie mit verzwickten Kniffen mag im beschlossenen Konferenzzimmer unter Feinen Ausschüssen bei oberflächlichen Dingen oana und oäbe sein auf großer Tribüne, in entscheidenden Nachfragen, sichtbar oem Volke tonat nur die einfache, klare, gerade Linie. Niemals verpassen:

Der Richter ist das Volk!

### Fraktionsstärke und Abstimmung

Am heutigen Donnerstag findet die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes und die entscheidende Abstimmung über dasselbe statt. Da es ein verfassungsänderndes Gesetz ist, müssen an der Sitzung drei Viertel aller 400 Reichstagsmitglieder teilnehmen und von den Abstimmenden zwei Drittel für das Gesetz stimmen. Deutschnationale und Kommunisten erklärten, gegen das Gesetz zu stimmen, alle anderen Parteien werden dafür stimmen. Zur Beurteilung der Lage teilen wir die Stärke der Fraktionen mit. Es zählen Abgeordnete: Deutschnationale 8, Deutschnationale 67, Deutsche Volkspartei 66, Zentrum 68, Hannoverscher 2, Bayerische Volkspartei 20, Bayerischer Bauernbund 4, Demo-

kraten 30, Sozialdemokraten 178, Unabhängige Sozialdemokraten 2, Kommunisten 15.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet aus dem Reichstage:

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes dürfte hauptsächlich von der Haltung der Deutschnationalen abhängen. Die Regierungsparteien, also Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und Demokraten, zählen insgesamt 193 Abgeordnete, die jedoch bei der Abstimmung nicht reiflos anwesend sein werden, da ein Teil von ihnen krank ist oder aus anderen Gründen nicht in Berlin weilt. Die Endabstimmung setzt aber die Anwesenheit von zwei Dritteln aller Abgeordneten also von insgesamt 306 Mitgliedern des Reichstags voraus. Die Differenz zwischen der Stärke der Regierungsparteien und der notwendigen Stimmenzahl muß demnach von den nicht in der Regierung vertretenen Fraktionen aufgebracht werden. Angenommen, daß die Regierungsparteien 180 Abgeordnete zur Stelle haben, dann müßten noch 126 Stimmen aus den Lagern der übrigen Parteien gestellt werden. Das wäre möglich, wenn die sozialdemokratische Fraktion vollständig vertreten ist und die anwesenden Fraktionsmitglieder, die gegen das Gesetz sind, sich bei der ersten Auszählung über die Anwesenheit von 36 Mitgliedern nicht der Abstimmung enthalten. Fraktionszwang ist für die sozialdemokratischen Mitglieder nicht beschaffen, so daß anzunehmen ist, daß, abgesehen von ungefähr 40 Mitgliedern, die nicht in Berlin weilen, ein Teil der Gegner des Gesetzes innerhalb unserer Fraktion der Abstimmung fernbleibt. Im Notfall kommt es also darauf an, ob die Deutschnationalen der ersten Auszählung, die der Feststellung gilt, ob zwei Drittel aller Abgeordneten anwesend sind, im Saale bleiben. Sie haben zwar beschlossen, dem Gesetz nicht zuzustimmen, aber das schließt nicht aus, daß sie im Saale bleiben und dadurch die Endabstimmung, zu der wiederum zwei Drittel von 306 Abgeordneten notwendig sind, ermöglichen. Gelingt die erste Abstimmung, dann dürfte das Gesetz zweifellos mit einer nicht geringen Mehrheit angenommen werden.

### Für ein ungeteiltes Rheinland

Der sozialdemokratische Bezirksparteitag des Bezirks Niederrhein, der in Düsseldorf stattfand, beschäftigte sich in erster Linie mit der Stellung der Partei zur Rheinlandfrage. Von dem Referenten wurde betont, daß Frankreich nach dem Grundgesetz „Teile und Herrsche!“ darauf ausgehe, mehrere Staaten zu gründen. Die Sozialdemokratie habe im Interesse der Arbeiterschaft dafür zu sorgen, daß das ganze besetzte Gebiet zusammenbleibe. Diesen Standpunkt hätten auch die Gewerkschaften vor einiger Zeit auf einer Konferenz vertreten. In der angenommenen Entscheidung heißt es:

„In der rheinischen Frage steht der Parteitag nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Abtrennung vom Reich und von Preußen den Interessen der Arbeiterklassen widerspricht. Wenn die F. S. D. sich an den Arbeiten beteiligt, die durch eine gewisse Sonderstellung der besetzten Gebiete geboten erscheinen, um die Verhältnisse in den Rheinländern wieder in geordnete Bahnen zu lenken, so bestreben wir, weil sie den gegen ihren Willen herbeigeführten Tatsachen Rechnung tragen muß und weil sie es für notwendig hält, bestimmten Plänen kapitalistischer Kreise des Rheinlandes den Willen der Arbeiterschaft entgegenzusetzen.“

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes ist aus der von allen Parteien gebildeten Arbeitergemeinschaft aus geschieden, weil in der letzten Zeit die Zusammenarbeit der Parteien nicht mehr den Interessen der Arbeiterschaft dient.

## Reichswehrarbeit für die Reaktion

Uns geht folgende Verfügung der Staatspolizeiverwaltung zu:

Dresden-L. 1 (Schloß), 4. Dezember 1923.

Das Wehrkreiskommando IV hat auf Grund der erteilten Weisung, die gesamte Polizei des Freistaates Sachsen auf überparteiliche Grundlage zu stellen, angeordnet, daß diejenigen Beamten der Polizei und Landgenarmarie, von denen ihrer parteipolitischen Richtung nach nicht zu erwarten steht, daß sie den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen werden, von ihren Posten zu entfernen und an anderer Stelle zu verwenden sind.

Die Polizeipräsidenten und Amtshauptmannschaften haben der Staatspolizeiverwaltung bis spätestens zum 8. Dezember die Hienach in Frage kommenden Beamten namhaft zu machen. Inwieweit hiervon Exekutivbeamte betroffen werden, die im Verwaltungsabteil beschäftigt werden, sind die sofort dem Exekutivabteil wieder anzuführen. Daß dies geschehen, ist mit anzugehen.

Staatspolizeiverwaltung, gez. Dr. Thomas.

Naus mit jedem Sozialdemokraten aus der Polizei, ist die Lösung des Wehrkreiskommandos. Das ganze Wirken und Walten der Leute des Generals Müller zeigt nur zu deutlich, daß in der Reichswehr der deutschen Republik noch derselbe Geist herrscht, der in den seltsamen Zeiten Wilhelm II. Deutschland regierte. Was soll das heißen, daß diejenigen Beamten der Polizei und Gendarmarie, von denen ihrer „parteipolitischen Richtung“ nach nicht zu erwarten steht, daß sie den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen werden, von ihren Posten entfernt werden sollen? Doch nur, daß alle

Sozialdemokraten aus der Polizei oder wenigstens aus dem polizeilichen Verwaltungsdienst zu entfernen sind. Wie die Erfahrung gezeigt hat, begnügt man sich nicht einmal mit der Entfernung von Sozialdemokraten; auch Leute, die der demokratischen Partei angehören, sind bereits ihres Postens entsethen worden.

Die Polizei im Freistaat Sachsen soll wieder eine Domäne der Reaktion werden, wie das im alten Deutschland war. Man benutzt den Belagerungszustand zu einer ungeheuerlichen Vergewaltigung Sachsens. Dem Freistaat Sachsen, der eine sozialistische Regierung hat, soll ein ganz reaktionärer Polizeiapparat aufgezogen werden. Auf überparteiliche Grundlage soll die Polizei gestellt werden, sagt man, auf eine reaktionäre Grundlage wird sie in Wirklichkeit gestellt.

Die Reichswehr ist angeblich nach Sachsen gekommen, um verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen. Aber was das Wehrkreiskommando hier anrichtet, steht im ärgsten Widerspruch zu dem Geist der Reichsverfassung. Die im alten Deutschland übliche Entziehung aller Sozialdemokraten soll wenigstens für die Polizei wieder eingeführt werden. Das Vorgehen des Wehrkreiskommandos muß nicht nur jeden Sozialdemokraten, sondern überhaupt jeden, der auf dem Boden der Verfassung steht, zum schärfsten Protest herausfordern. Wir sind neugierig, wie sich die sächsischen Demokraten zu dem neuesten Streich des Wehrkreiskommandos stellen werden, zumal ja das Vorgehen der Reichswehr in einigen Fällen sich bereits auch gegen Angehörige ihrer Partei richtet.

# Fraktionserklärung zum Ermächtigungsgesetz

## Deutscher Reichstag

388. Sitzung, Mittwoch den 5. Dezember

Präsident Loh eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten mit der Mitteilung, daß der Abgeordnete Seemann (Soz.) sein Mandat für Esprechen niedergelegt hat.

Zur Erklärung der Reichsregierung und der damit verbundenen ersten und zweiten Lesung des Ermächtigungsgesetzes gibt darauf

Abg. Scheidemann (Soz.)

unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist in Rücksicht auf den ungemeinen Ernst der inner- und außenpolitischen Lage, die sofortige wichtige Entscheidungen erfordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung geforderten beizustimmen.

### Ermächtigungsgesetz zuzustimmen,

unter der Voraussetzung, daß einer Vertretung des Reichstags bei der Ausführung des Gesetzes das gleiche Recht der Mitwirkung eingeräumt wird, das dem Reichstag zusteht.

Die Fraktion hat sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen: Vermag die Fraktion sich auch nicht mit dem Gesamtinhalt der vom Herrn Reichskanzler abgegebenen Erklärung einverstanden zu erklären, so ist sie doch mit ihr der Meinung, daß in dem Finanzproblem die Frage um Sein und Nichtsein des deutschen Volkes liegt. Sie drängt aber aufs tiefste, daß die zur Lösung dieses Problems notwendigen Entscheidungen nicht rechtzeitig getroffen werden. Wenn infolge der bisherigen Versäumnisse nunmehr noch Aufschub der Regierung zur Klärung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen der außergewöhnliche Weg beschritten werden muß, wichtige festschreibende Maßnahmen mit Hilfe einer erweiterten Verordnungsgewalt durchzuführen, so will die Fraktion diese Ansicht nicht zurückweisen. (Zurufe der Kommunisten und des Abg. Ledebour: Und die Verlängerung der Arbeitszeit?) Die Fraktion würde auf mich mehr Eindruck machen, wenn ich mir nicht die Frage vorlegen müßte, ob nicht auch diese Erweiterung von Notwendigkeit ist. (Lärm auf der äußersten Bank.) Denn weitere Verzögerungen würden die völlige Zerstörung des deutschen Wirtschafts- und Staatslebens, die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung aber eine Erschütterung der rechtsstaatlichen Grundlagen des Reiches und eine noch weitergehende Ausdehnung der Vollverletzung zur Folge haben, als sie mit dem Ermächtigungsgesetz verbunden ist. In einer Entwicklung unseres staatlichen Lebens zur Ausdehnung des Art. 48 erblickt die Fraktion eine schwere Gefahr. Die Absicht, ihr vorzubeugen, war für ihren Teil sehr mitzujubeln.

Die Fraktion stellt fest, daß für die Verordnungen, die von der Regierung erlassen werden,

### nur die Regierung die Verantwortung trägt.

Die Fraktion kann keine Mitverantwortung für die Beschlüsse eines Kabinetts übernehmen, dem sie nicht angehört. Sie behält sich die sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor. Zudem hebt sie, was ihre Vertreter in Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß ihrer Ueberzeugung nach die von der Regierung vorbereiteten finanzpolitischen Maßnahmen unzulänglich sind und eine

einfeltige Ueberbelastung der minderbemittelten Volksschichten vermeiden müssen. Der Erklärung des Herrn Reichskanzlers, unsere Bevölkerung müsse endlich davon durchdrungen werden, daß wenn Volk und Vaterland der Vernichtung entgehen sollen, die Stunde der Opfer gekommen ist, stimmen wir in dem Sinne zu, daß die größte Opferbereitschaft denen zukommt, deren Leistungsfähigkeit am größten ist. (Sehr wahr!) Die auf den Ertrag ihrer eigenen Arbeit angewiesenen Volksschichten haben bisher schon schwere Opfer an Steuern und Einschränkung ihrer Lebenshaltung getragen, der Staat hat sich weitgehend verschont. (Sehr wahr!) Dieser Tatsache tragen die finanzpolitischen Pläne der Regierung nicht Rechnung. Die Fraktion hält es für unerlässlich, daß die Regierung nicht zurückfährt vor dem

### Zugriff auf die Vermögenssubstanzen,

der zur Rettung der Wirtschaft und der Finanzen notwendig ist.

Die Fraktion fordert weiter, daß die Regierung auch bei ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen die Lebensinteressen der besitzlosen Volksschichten, bei der Behördenvereinfachung und bei der Personalabau teilpolitische Lebensschicksale und vermeintbare Härten fernhält und vor allem, soweit sie dem großen Meer der Erwerbslosen keine Arbeitsgelegenheit zu verschaffen vermag, die zur Erhaltung des Lebens dieser bedauernswerten Opfer der wirtschaftlichen Krise notwendigen Mittel bereitstellt. Die Fraktion hat bei ihrer Entscheidung ferner berücksichtigt, daß in diesem Augenblick

### bedeudende Vorzeichen einer wirtschaftlichen Besserung

zu bemerken sind. Der Kurs der Welt im Ausland hat sich gehoben, in einzelnen Zweigen der Wirtschaft bestehen Hoffnungen auf Wiederbelebung. Solche Ansätze sollen nicht durch Verschärfung der innerpolitischen Krise getilgt werden, wenn es irgend vermieden werden kann. Die Fraktion wünscht, daß das deutsche Volk sobald wie möglich befragt werde, in welchem Geist und welcher Richtung es die Politik des Reiches geführt sehen will. Bevor aber nach die Voraussetzung zur freien Entfaltung gegenläufiger Auffassung durch

### Aushebung des militärischen Ausnahmezustandes

geschaffen und auch das Recht unserer Volksgenossen an Rhein und Ruhr, frei und unbefangenen an deutschen Reichstagswahlen teilzunehmen, gesichert werden.

In diesem Sinne — nur in diesem Sinne sind wir bereit, der Regierungsvorlage unsere Zustimmung zu erteilen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Kaas (Zentr.): Wir begrüßen den Eintritt der bayerischen Volkspartei in die Regierung. Für uns kommt weder rechts noch links in Frage, wir nehmen die politische Verantwortung da, wo wir sie finden. Schnelle Arbeit ist notwendig, und das Parlament muß sich seinerzeit gewisse Beschränkungen auferlegen.

Abg. Scholz (D. Sp.): Eine deutsche Regierung, hinter der kein Reichstag steht, ist überhaupt nicht aktionsfähig. Wir werden dem Kabinett unsere Unterstützung nach jeder Richtung angedeihen lassen und insbesondere auch für das Ermächtigungsgesetz stimmen. Darüber hinaus hoffen und erwarten wir aber, daß alle Parteien dieses Parlamentes, die auf dem Boden nationaler und finanzieller Ordnung und auf dem Boden der Weidung des Staatsgedankens stehen, sich mit uns vereinen zur Geschlossenheit nach außen und zu gemeinsamer Arbeit in gemeinsamer Not.

Abg. Hergt (Dnat. Wp.): Die Bildung einer nationalen Regierung ist nicht gelungen. Die Deutschnationalen Partei kann der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen.

Abg. Haas (Dem.): Die Haltung der Demokraten wird sich nach den Taten der Regierung richten. Starke Bedenken verursacht die Übernahme des Innenministeriums durch Dr. Jarres, mit Rücksicht auf seine Abneigungspolitik. Der Regierung sprechen wir aber das Wort aus und bitten sie, der Republik zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Abg. Seidt (Bau. Sp.): Wir stimmen dem Ermächtigungsgesetz zu, sprechen aber die Erwartung aus, daß die Regierung die föderalistischen Wünsche Kamerads

Der Eintritt Dr. Emmingers bedeutet keine Bindung für die Fraktion.

Abg. Höllein (Komm.): Die Erklärung der Sozialdemokraten ist ein schändliches Dokument der Unterwerfung. Die Kommunisten werden sich nicht mundtot machen lassen.

Abg. Graefe (Deutschvölk.): Dem blonden Scheitel Stresemanns ist eine schwarze Perücke übergeschlitten worden. (Heiterkeit.) Allen in der deutschvölkischen Freiheitsbewegung sind die Kräfte vorhanden, die Deutschland wieder in die Höhe bringen können.

Abg. Ledebour (h. l. Kraft) unterläßt die Beschwerden der Kommunisten und Deutschvölkischen über das Verbot ihrer Parteien.

Das Haus tritt darauf in die zweite Lesung des Ermächtigungsgesetzes ein. Bei der Abstimmung werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzes einschließlich des Kompromißparagraphen angenommen. Gegen das Gesetz stimmen die Kommunisten und die Deutschnationalen bei den Sozialdemokraten sind große Läden.

Schluss der Sitzung 7 Uhr 45 Minuten. Donnerstag, nachmittags 1 Uhr: Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes, außerdem Abstimmung über einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Marx.

## Der Kampf um das Ueberstunden-Abkommen

SPD. Bochum, 4. Dezember. (Eig. Drahtm.) Der Bergarbeiterverband hielt am Dienstag eine Reviertagung zur Entscheidung über die Frage der Ueberstunden ab. Das Ergebnis war, daß man versuchen müsse, durch weitere Verhandlungen Verbesserungen des Abkommens zu erreichen. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, sofort energische Versuche zur Verbesserung zu machen. In der sehr lebhaften Debatte wurde gefordert, daß für die Einstellung sämtlicher Arbeiter bestimmte Garantien gegeben werden, daß die Mitwirkung der Betriebsräte gesichert werde und das Abkommen unter keinen Umständen länger, laufen dürfe, wie der Tarifvertrag.

SPD. Dortmund, 4. Dezember. (Eig. Drahtm.) Am Montag wurde annähernd 4000 Angestellten und Arbeitern des Eisen- und Stahlwerkes „Union“ in Dortmund gekündigt. Darunter viele Kriegsbeschädigte, die auf Grund der geltenden Bestimmungen jederzeit eingestuft werden mußten. Wie wir hören, soll auf der „Union“ die Normalarbeitszeit auf 10 Stunden wieder ausgedehnt werden. Die Betriebsleitung folgt dabei anscheinend dem Beispiel des Thyssen-Konzerns, der ebenfalls versucht, Verlängerungen der Arbeitszeit durchzusetzen.

Dem Beispiel der Vorkriegsener Gewerkschaften folgend, haben nunmehr auch die Gewerkschaften von Essen und Bochum den Arbeitlosen die Anweisung gegeben, trotz des Widerstandes der Unternehmer in die Betriebe zurückzuführen.

SPD. Elberfeld, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Arbeitsaufnahme bzw. die Vorbereitung zur Wiederaufnahme der Arbeit im Bergbau sind überall im Gange. Gleichzeitig werden aber in anderen Berufen planmäßige Arbeiterentlassungen vorgenommen. Mit der Verwirklichung des Abkommens von 30 Prozent überflüssigen Arbeitern aus dem Ruhrgebiet muß gerechnet werden. Die Entlassungen von Arbeitern erfolgen nach den bekannten neuen Richtlinien. Einige Werte beob-

## „Die Rede eines Ignoranten!“

### Abrechnung im bayerischen Landtagsauschuß

München, 5. Dezember. (Eig. Drahtm.)

Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Anklings vor dem jüngsten Auschuß des Landtages abgab, ist nicht anders als ein zusammenfassende Darstellung der bayerischen Regierungspolitik seit dem 9. September, die sich auf die bekannten zahlreichen offiziellen und offiziellen Verlautbarungen während dieser Zeit stützt. Nur wenige Einzelheiten der Rede dürften das Interesse der breiten Öffentlichkeit beanspruchen, darunter zunächst das offene Eingeständnis, daß die Einkerbung Bayern zum Generalstaatskommissar vorgenommen wurde, weil allein seine Person so viel Ansehen und Gehaltslohn in den Vaterländischen Verbände besaß und einen namhaften Teil dieser Kreise von der schon damals befürchteten nationalsozialistischen Aktion abzuhalten vermochte. Gut die Hälfte der Rede ist dem Fall Löffow und dem in diesem Zusammenhang herausgehobenen Konflikt mit dem Reich gewidmet, wobei Anklings' Darstellung des bayerischen Vorgehens nicht ohne Pikaresse ist. Er sagte nämlich:

„Wenn das Reich wie in Sachen auf Grund des Artikels 48 eine ganze Land-Regierung absuchen kann, dann darf Bayern wohl für sich das Recht in Anspruch nehmen, auf Grund der gleichen Verfassung den bayerischen Staatskommandanten, der nur mit ihrer Zustimmung gestellt werden kann, im Amt zu halten.“

Den Reiz der Neuheit hat zweifellos auch die Mitteilung, daß der Fall Löffow wahrscheinlich in nächster Zeit in einer für Bayern ehrenvollen Weise erledigt wird, nachdem General v. Seckert bereits am 9. November dem General v. Löffow angeboten hat, außerbayerische Kreise der Reichswehr seinen Befehlen zu unterstellen. Daraus geht hervor, daß man Löffow schon seit längerer Zeit in Berlin nicht mehr als den meinsten General ansieht. Die zweite Hälfte der Rede beschäftigte sich mit dem Putsch am 8. und 9. November. Auch sie brachte nichts Neues mit Ausnahme eines Angriffes auf den augenblicklichen Innenminister Dr. Schwäger, dem Anklings vorwarf, daß der Willy-West-Überfall im Bürgerbüro nur möglich war, weil an jenem Abend der polizeiliche Nachrichtendienst und überhaupt die polizeilichen Vorkehrungen für den Putsch vollständig beseitigt worden. Von Interesse ist ferner, daß in dem gegen die Führer des Putsches angelegten Strafverfahren keine Amnestie ohne Urteil erlassen wird. „Aber nicht im Geiste der Rache muß der Strafrichter seines Amtes walten, sondern als Diener der Gerechtigkeit zur vollständigen Klärung der Vorgänge muß er das Maß des Verschuldens und die nach dem Gesetz verwickelte Sühne feststellen. Das muß vor bayerischen Richtern geschehen. Eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof ist für Bayern nicht erzwungungsfähig.“ Mit dieser Forderung auf die neue Reichsregierung fordert Anklings für das Reich auch eine von jedem sozialdemokratischen Einfluß befreite nationale bürgerliche Regierung und kündigt an, daß Bayern alsbald mit seinen Forderungen an das neue Reichskabinett herantreten werde. Der Schluss der Rede bringt dann noch neben der vollständigen Ablehnung der bekannten sozialdemokratischen Anträge eine Formulierung der rechtlichen Vermögensfreiheit des Generalstaatskommissars. Mit einer heftigen Spitze gegen offizielle Auslassungen aus dem Generalstaatskommissariat, in denen für Herrn v. Kaas die gesamte Verfügung über die bayerischen Finanzen verlangt wurde, stellt der Ministerpräsident fest, daß allein die bayerische Regierung für die Verantwortung für die Verwirklichung des Staatsaufwandes.

stigen, nur unversehrte Arbeiter einzustellen, um dadurch die sozialen Gehaltszulagen zu vermeiden.

Durch die Wiederaufnahme der Arbeit, das Sinken der Lebensmittelpreise und die regelmäßige Auszahlung der Erwerbslosengelder ist auch eine Veruhigung eingetreten. Doch kam es in verschiedenen Orten noch zu Demonstrationen. Wegen einer Erwerbslosendemonstration, die nach Mante vor das Amtshaus zog, mußte die Polizei sieben Tote und viele Verwundete, die Polizei zwei Schwerverwundete. Die Franzosen griffen erst zum Schuß ein. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Zur Zurückgabe des Eisenbahnmateriale hat sich, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, die deutsche Regierung bereit erklärt. Es handelt sich um alle feineren auf den Ruhr- und Eisenbahnen getriebenen Lokomotiven und das in Sicherheit gebrachte Eisenbahnmateriale.

Die Duisburger Separatisten wurden von belgischer Gendarmerie entwaffnet. Damit hat die Separatistenherrschaft in Duisburg ihr Ende gefunden.

## Preußen gegen die Umgestaltung der Rheinlande

SPD. Im preussischen Landtag erklärte am Mittwoch Ministerpräsident Genosse Braun, daß nach Auffassung der preussischen Staatsregierung die Verhandlungen, die von Ausschüssen politischer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen im besetzten Gebiet geführt werden, sich nicht immer im Rahmen der deutschen Reichs- und der preussischen Staatsverfassung bewegen. Vielmehr sei festzustellen, daß z. B. der aus den Parteien und Wirtschaftskreisen gebildete 15er-Ausschuß entgegen seiner Ermächtigung die politischen und staatsrechtlichen Fragen über die staatliche Umgestaltung des Rheinlandes ausgiebiger erörtert hätte als die wirtschaftlichen und sozialen. In gewissen Kreisen werde bereits von einem selbständigen Staatsgebilde am Rhein mit eigener Staatlichkeit, selbständiger Verwaltung und eigener Währung gesprochen und man mache nicht einmal Halt an den Grenzen des besetzten Gebietes, sondern wolle sogar nach unbesetzten preussische und heilige Gebiete einbezogen. Diese Bestrebungen werde die preussische Staatsregierung wie bisher mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Sie lehne jede territoriale Aenderung preussischen Gebietes und jede Beeinträchtigung preussischer Hoheitsrechte über die Rhein- und Ruhrlande mit allem Nachdruck ab.

Wie groß die Gefahr geworden ist, daß die Loslösungsversuche doch noch erfolgreich sind, geht schon daraus hervor, daß die noch vom Kabinett Stresemann zur Unterfertigung der Erwerbslosen- und Sozialrenten im Ruhrgebiet bewilligten 100 Millionen Rentenmark aufgebraucht sind. Das Kabinett Marx sieht also vor der Entscheidung, was weiter werden soll. Für Donnerstag ist der 15er-Ausschuß nach Berlin einberufen, um mit der Regierung gemeinsam zu beraten, wie die Unterfertigungen für die Erwerbslosen und Sozialrenten in Zukunft ausgebracht werden sollen.

Ein Ausschuß des Reichskabinetts, die sogenannten Rheinlandkommission, hat sich mit diesen Fragen bereits befaßt, ohne zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Unsere Befürchtungen werden noch erhöht angesichts der Tatsache, daß der Vorsitzende dieses Ausschusses, ausgerechnet der Reichsminister Dr. Jarres ist, der seit Monaten in bezug auf das Ruhrgebiet eine Versäufelpolitik propagiert.

## An die Ausführungen des Ministerpräsidenten schloß sich

sofort die politische Aussprache, die gegen den Willen Anklings ebenfalls für öffentlich erklärt wurde. Unter einem kommunistischen Redner sprachen drei Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Genosse Timm bemerkte, Bayern habe noch niemals eine so jämmerliche und unfähige Regierung gehabt wie heute, die einen Eren v. Kaas als Regenten heranziehen könne. In dem Konflikt mit dem Reich im Fall Löffow trage allein die bayerische Regierung die Schuld. Das Weiterbestehen des Ausnahmezustandes sei vollkommen unrichtig, aber wenn schon ein einziger im Staate regiere, dann sei auch das Fortwähren der acht Minister vollständig überflüssig. Genosse Endres stellt das theoretische Verbot der Eisenerzbände der tatsächlich geübten Praxis gegenüber. Die Nationalsozialisten arbeiten im Stillen unermüdet weiter und es würde bei ihnen ganz zweifellos die Absicht, noch einmal einen Schlag zu führen. In Nürnberg a. V. veranstalten heute schon wieder unter Mitwirkung der Karteile der Landratskolleg die Nationalsozialisten vaterländische Abende. Wenn die Sozialdemokratie auf der bayerischen Seite kein Vertrauen habe, so könne man ihr das nicht verübeln in Anbetracht der Tatsache, daß zwei Beamte des Obersten Bayerischen Gerichtshofes aktiv am Osterpuff beteiligt waren. Die bayerische Regierung habe seit Januar 1923 jede Autorität gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung verloren; sie habe diese Bewegung nicht nur geduldet, sondern gefördert und großgezogen und sie sei deshalb nicht zuletzt die intellektuelle Urheberin der Vorgänge vom 8. November und trage die Schuld an dem verhängnisvollen Blut. Genosse Dill bezeichnet die Ausführungen Anklings, die unsagbar lässlich und jämmerlich gewesen seien, als die Rede eines Ignoranten und nicht eines verantwortlichen Ministers. (Ordnungsruf.) Jahrelang sei die Sozialdemokratie gewußt, Arbeiter seien erschossen, fürchterliche Gräueltaten gefügt worden; jetzt aber soll der Marxismus an den bayerischen Behörden schuld sein. Wie jetzt in Bayern regiert wird, sei ein Skandal und wenn nicht bald die Konsequenzen gezogen würden, so trübten die Dinge zu einem neuen Putsch, weil den Elementen vom 8. November wieder alle Betätigungsmöglichkeiten gegeben seien.

## Die Aussprache wird am Donnerstag fortgesetzt.

München, 5. Dezember. (Eig. Drahtm.) Mit dem Eintritt des Finanzministers Dr. Kraußner ist die bayerische Regierung jetzt vollständig neu verwickelt worden. In einer Erklärung sucht Kraußner seinen Schritt damit zu rechtfertigen, daß der Ministerialrat das von ihm verlangte Ermächtigungsgesetz, das ihn zum wirtschaftlichen und finanziellen Direktor Bayerns gemacht hätte, abgelehnt habe. Das ist an sich richtig; die Ablehnung geschah aber vor allem deswegen, weil in allen maßgebenden Kreisen vor allem auch in denen der bayerischen Volkspartei, der Straußner angelehrt, einseitlich die Auffassung herrschte, daß Straußner nicht der Mann und sein Ministerium nicht die Verhältnisse sind, die auch nur im entferntesten der von ihnen verlangten Aufgabe gewachsen ist. Das bayerische Ermächtigungsgesetz für die rückständigste Sanierung des Haushalts kommt am ehesten trotzdem, es ist aber nicht ausschließlich als eine Resorptionsmaßnahme, sondern als Ermächtigung für das Gesamtministerium.

## München, 5. Dezember. (Eig. Drahtm.)

Mit dem Eintritt des Finanzministers Dr. Kraußner ist die bayerische Regierung jetzt vollständig neu verwickelt worden. In einer Erklärung sucht Kraußner seinen Schritt damit zu rechtfertigen, daß der Ministerialrat das von ihm verlangte Ermächtigungsgesetz, das ihn zum wirtschaftlichen und finanziellen Direktor Bayerns gemacht hätte, abgelehnt habe. Das ist an sich richtig; die Ablehnung geschah aber vor allem deswegen, weil in allen maßgebenden Kreisen vor allem auch in denen der bayerischen Volkspartei, der Straußner angelehrt, einseitlich die Auffassung herrschte, daß Straußner nicht der Mann und sein Ministerium nicht die Verhältnisse sind, die auch nur im entferntesten der von ihnen verlangten Aufgabe gewachsen ist. Das bayerische Ermächtigungsgesetz für die rückständigste Sanierung des Haushalts kommt am ehesten trotzdem, es ist aber nicht ausschließlich als eine Resorptionsmaßnahme, sondern als Ermächtigung für das Gesamtministerium.



## Fische billig Qualität Ia

<b>Goldbarsch</b> ohne Kopf Pfund 30 Pf.	<b>Rotzungen</b> Pfund 30 Pf.	<b>Schellfisch</b> Portionsfische Pfund 30 Pf.
<b>Anchovis</b> 1/4 Pfund 15 Pf.	<b>Webergasse 30</b> Telephon 19930.	<b>Nordsee</b> Gölber Str. 1 Telephon 21470.

Billigste Versandbank für Wirte und Wiederverkäufer!

## Frische Hasen

abgezogen und ausgeflachtet, das Pfd. mit 1.90 Goldmark. Im Fell Pfd. 1.50 Goldmark. Reich, Fleischwild und Hasenmaistgärtner.

### F. Bäumert

an der Dreikönigskirche 3  
Fernsprecher 14986.

**Biedermeier-Kabarett** Schöffergasse Nr. 8.

## Licht-Spiele

G. m. b. H.

**Erstaufführung!**

# Die Fürstin der Ozeanwerft

Großes Filmdrama in 7 Akten.  
Regie: Wolfgang Neff.

Hauptrollen: **Manja Tschatschewa, Albert Patry.**

Hierzu:

### Der Zwangsmieter

Barleske in 2 Akten.  
Regie: **Paul Heidemann.**

Wochen- und Sonntags: 4, 1/2, 7, 1/2, 9 Uhr.

## 10% Rabatt

und mehr werden von vielen Geschäftleuten bei Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Kleingeld, Goldmarken u. a. m.) gewährt.

Der den unterzeichneten Organisationen angehörige berufsmäßige Lebensmittelhandel erblickt in diesem Reflex der Kundenschaft mit zweierlei Maß eine Benachteiligung aller dieser, die nicht im Besitz solcher wertbeständigen Zahlungsmittel sind. Er hat sich daher entschlossen, die Vorteile, die er sich beim Einkauf von Waren mit wertbeständigem Geld verschaffen kann, der **Allgemeinheit** zugutekommen zu lassen durch eine entsprechende

### Verbilligung der mit wertbeständ. Geld eingetauchten Waren.

Demgemäß sind in den den unterzeichneten Organisationen angehörigen Geschäften und Verkaufsstellen beispielsweise die Preise für nachstehende Waren wie folgt ermäßigt worden:

<b>Bestes amerik. Schweineschmalz (Barelard)</b>	Pfd. G.-M. 1.10
<b>Frische Margarine a. d. Fabrik., billige Sorte</b>	" " 0.80
<b>Weizenmehl, 70%, Pfd. G.-M. 0.28</b>	— <b>Vollpreis</b> " " 0.35
<b>Weizengrieß, Pfd. G.-M. 0.40</b>	— <b>Graupen, Mittell.</b> " " 0.35

Eine Goldmark = eine Billion Papiermark.

Abgabe in handelsüblichen kleinen Mengen, solange der Vorrat reicht. Bei Einzahlung dieser verbilligten Waren wird dringlichst gebittet.

Als Zahlung wird sowohl Papiergeld wie wertbeständiges Geld entgegengenommen. Zahlung in wertbeständigem Geld ist aber erwünscht, da die Verbilligung der Waren um so schneller fortgesetzt werden kann, je schneller und je mehr wertbeständige Zahlungsmittel zur Verfügung stehen.

**Ebeka-Großhandel Dresdner Kaufleute, e. G. m. b. H.**  
Waren-Einkaufs-Verein zu Görlitz, A. G.  
Zweigniederlassung Dresden

## Olympia Theater

Altmarkt

Der große **Henny-Porten-Sonder-Film** in 8 Akten

# Der Kaufmann von Venedig

Nach Shakespeare, für den Film bearbeitet von Peter Paul Felner.

**Porzia: Henny Porten.**

Bassanio: **Harry Liedtke**  
Shylock: **Werner Krauss.**

Sämtliche Außenaufnahmen wurden in hervorragender Weise in Venedig und Umgebung an den historischen Stätten hergestellt.

Beginn der Vorstellungen täglich 4, 1/2, 7 und 1/2, 9 Uhr.

**Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung**  
Dresden-N., Jacobi-, Ecke Augustburger Straße  
empfehlen zu wieder sehr adäquaten Preisen im

**Ausschnitt feine Kernaldersohlen**  
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt. (10 320)

## Billige Serien-Lage Damen-Mäntel

kommen ab morgen solange Vorrat reicht zum Verkauf.

Benutzen Sie die seltene Gelegenheit!

<b>Serie I</b> Dachstuhl-Mantel in bester, mit Woll- und Seidenstoffen ausgest. mit G.-M. 6.25	<b>Serie II</b> Dunkle Winter-Mantel ausgest. mit G.-M. 9.50	<b>Serie III</b> Karierte Planch-Mantel in grau und braun 115, 120 lang bei preiswert G.-M. 12.75	<b>Serie IV</b> Nervöse Planch-Mantel in hellen dunklen Farben für Frauen G.-M. 15.00	<b>Serie V</b> Nervöse Planch-Mantel 120 lang, besonders günstige Gelegenheit G.-M. 19.50	<b>Serie VI</b> Elegante Mäntel aus guten Stoffen mit 120 lang G.-M. 21.00
--	---	--	--	--	---

Ferner große Auswahl in eleg. Tuch-, Affenhaut-, Seidenstoffen, Mischstoffen und Krümmen-Mänteln

**Nur 1. Etage Scheffelstr. 17, 1. Etage Rein Laden**  
Durchgehende Geschäftszeit von 1/2 bis 1/2 Uhr  
**Birnberg & Co.**

## Kolonialwaren-Noack

3 Friesengasse 3  
Zur Weihnachtsbäckerei

70% Auszugsmehl	Pfd. 26 Pf.
Kafferauszug	30
Schöne Rollen	120
Schöne Sultania	160
Schöne Korinthen	100
N. Kaffee	200
N. Röstkaffee, Pfd.	280 u. 300
N. Gerstentaffee	Pfd. 30
N. Mischkaffee m. 10% Bohnen	40
Bohnen, 1/2-Pfd.-Karton	40
Johannisbeer- und Heidelbeerwein	Flasche 80 Pf. ohne Steuer (1923)
Kaufte leere Weinflaschen, Flasche	15 Pf.

## Fleisch- u. wünschlichsten

Wurstwaren  
kaufen man wieder preiswert bei

### Fleischermeister Böhm

23 Scheffelstraße 23 (am Markt)

Wieder-  
verkaufern  
Rabatt!

**Tabakbörse**  
Am See 19 • Tel. 17986

Sonntage vor Weihnachten geöffnet.

Naturreine, süße  
**Ausbruchweine**  
Echte rein  
**Weinbrandweine**  
Liköre Monopol  
**C. Spielhagen**  
Weingroßhandlung  
Annenstraße 9  
Bautzner Str. 9.

Wieder eröffnet!  
**Felleintausch**  
Sache die höchst. Preise  
wertbeständig

**Schwarz**  
Wettinerstr. 32  
im Hof. (1750)

Spezialgeschäft:  
Wettinerstr. 26.

**Alle Schallplatten**  
aus der neuen  
Noack, Wettinerstr. 8

## Will man Gas sparen

so schreibe man auf Normal- oder Höchst-  
Zähler ein

### Zwerg-Motorschiff

**Zwerg-Glühkörper**  
bau.

Brenner mit Normal- Glühkörper brauchen  
pro Stunde 15 Liter, mit Höchst-Glühkörper  
pro Stunde 30 Liter, mit Zwerg-Glühkörper  
pro Stunde nur 50 Liter.

Wandhänge und Tischhänge, auch alle an-  
deren Glühkörper, Beleuchtungshörper  
kaufen Wiederverkäufer billig bei

**Richard Hattenort & Co.**  
Steinplatz 8, Ecke Falkenstraße.  
Fernsprecher 22917.

## 20% billiger

für Grossisten u. Wiederverkäufer.

### J. Sonnabend

Dörschirasse 97.  
Tel. 32 157.

## Elion-Zigaretten

nur gute Qualitäten — hoch preiswert

**Oriental. Sig.-Industrie „Elion“**

Berlin.

Schicklager: Dresden, Weißbühlstr. 11. Tel. 11 092.  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr. (1923)

## Mensch, ärgere Dich nicht

mit stumpfen Scheren, Rasiermessern und  
dergleichen — Weißt Du nicht, daß die  
Dampfschleiferei und Solinger Stahlwaren-  
fabrik von **Max Hertzsch**, Gr. Brüder-  
gasse 2, derartige Gegenstände wieder  
billig in Sebst bringt, ganz gleich, ob  
dort gekauft oder nicht. (10 17)

Seit 20 Jahren nur Gr. Brüdergasse 2

## Weihnachts-Angebot!

Wäcker: Barbenbenden	3.70 G.-M.
Wäcker: Bienen	3.70
Wäcker: Interde	3.70
Wäcker: mit Schokolade	3.70

Sanitätsrat, Wiederverkäufer. (10 800)

**Schanzsch, Dresden-N., Heinrichstr. 18, 2.**  
An keiner Wohnung fehlt die Volkszeitung!

## Kopf kühl und Füße warm

lautet eine alte Gesundheitsregel. Sie können auch im Winter  
stets warme Füße haben, wenn Sie jeden Abend ein Kukurul-  
Fuß ad nehmen. Dieses hält die Füße warm und trocken-  
verhindert Wundlaufen, beseitigt Schweißgeruch und das  
lästige Brennen der Füße. Gegen Hühneraugen, Hornhaut,  
Schwien und Warzen hilft das bekannte Kukurul-Fuß-  
augen-Pflaster. Diese beiden, in vielen Millionen Fällen be-  
währten Kukurul-Fabrikate sind in allen größeren Apotheken  
und besseren Drogerien erhältlich. Lassen Sie sich aber  
nichts anderes als „sehr gut“ anreden.

# Parteibeitrag für die 49. Woche

200 Milliarden Mark für männliche Mitglieder  
80 Milliarden Mark für weibliche Mitglieder  
Der Bezirksvorstand der V. S. P. D., Bezirk Ostachsen.

## Gegen die Beteiligung des Nachmittags

Der Gesamtvorstand der V. S. P. D. Groß-Dresden nahm in seiner letzten Sitzung folgende Entschliessung einstimmig an:  
Der Gesamtvorstand der V. S. P. D. der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei erhebt gegen die beabsichtigte Beteiligung des Nachmittags für die Weimarer Entscheidung Einspruch. Er erklärt in dieser Mahnung die Reichsregierung den Beginn des Kampfes gegen den Nachmittags überträgt. Die Parteizentralinstanzen werden beauftragt, diesen Angriff als eine Kampfanlage gegen eine Arbeiterpartei und damit vor allem gegen die V. S. P. D. zu betrachten.

## Bezirkskonferenz der Jungsozialisten Ostachsens

am 2. Dezember 1923 in Wischofsberda. Beginn früh 9 Uhr im Schützenhaus mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht vom Landes- und Reichsausschuss; Genosse Weisfeld. 2. Vortrag des Landtagsabgeordneten Ebel: Zukunftsaufgaben der Jungsozialisten. Darauf Ansprache über den ersten und zweiten Punkt. 3. Berichte der Gruppen aus Ostachsen. 4. Wahlen. 5. Anträge und allgemeine Angelegenheiten.

Nachdem sei darauf hingewiesen, daß trotz wirtschaftlichen Bedenken alle Gruppen ihre Vertreter entsenden müßten. Besonders aufgefordert werden die Gruppen Pittau, Löbau, Neugersdorf und Weichen. Alle Teilnehmer, die in Wischofsberda übernachteten, werden sich bei ihrer Ankunft an den Genossen Arthur Haase, Albertstraße 18, der alle Auskunft erteilen wird und auch für Nachtlager Sorge trägt. Anträge können noch an den Unterzeichneten gelaßt werden.

Arthur Burghardt, Dresden, Deubener Straße 18.

## Sachsen

### „Zivilanführer“

Das heißt Polizeibeamte der Reichswehr in unauffälliger Zivilleidung, die angeblich eine „die Republik erhaltende“ Tätigkeit entfalten, kassieren, so schreibt die Chemnitzer Volksstimme, jetzt überall auf. Zu den verschiedenen Meldungen, die uns in letzter Zeit darüber zugegangen sind, erhalten wir heute die folgende:

Im Eisenbahngewerbe Chemnitz-Kloppstein unterhalten sich einige Arbeiter. In der Ecke sitzt ein „schlafender“ Zivillist. Bis Frankfurt wird über die Wirtschaftsklage, über das große Arbeiterbedürfnis diskutiert. Ein Arbeiter kommt auf die Rede des Ministerpräsidenten zu sprechen. Der „schlafende“ Zivillist springt plötzlich auf und fordert unter Vorzeigung eines Ausweises, daß sich der Arbeiter legitimieren solle; er, der bisher „schlafende“ Zivillist sei Reichswehr-Polizeibeamter und habe als solcher über den Ruf der Reichswehr zu wachsen. Er werde seiner Kommando-behörde in Chemnitz Anzeige erstatten, und der Arbeiter werde sich wegen seiner Neugierigkeiten zu verantworten haben. Das Gefährliche, seinen Ausweis noch einmal vorzuzeigen, lehnte der „Zivilanführer“ ab und betonte nochmals, der Arbeiter werde seine Erklärungen aus der Volkstimme über Reichswehrmaßnahmen zu beweisen haben. Zum Glück hat der Arbeiter einige Zeugen, die nicht geschlafen haben, so daß anzunehmen ist, daß aus der angeblichen Anzeige nicht allzuviel werden wird. Jedenfalls zeigt aber das Vorkommnis, daß die Arbeiter alle Ursache haben, den Mund zu und Augen und Ohren offen zu halten. Unschuldig gehen Späher um, denen die Arbeiterschaft kein Material liefern darf.

### Lehrer gegen Reichswehr

Der Dresdener Lehrerverein nahm in seiner letzten Vereinsversammlung folgende Entschliessung an: In den Sitzungen des deutschen Reichstages am 22. November und des sächsischen Landtages am 27. November sind von sächsischen Ministern amtliche Vernehmungsberichte veröffentlicht worden, aus denen hervorgeht, daß durch Angehörige der Reichswehr sächsische Lehrer bedrängt und geschlagen worden sind. Der Dresdener Lehrer erhebt seine tiefste Entrüstung darüber aus, daß solche verabschiedungswürdige Handlungen von Angehörigen der Reichswehr begangen worden sind. Er protestiert mit aller Schärfe gegen diese Taten, die auch eine ungebührliche Schädigung des Ansehens und der Arbeit des Lehrerstandes bedeuten, und verurteilt die betroffenen Amtsgenossen seines tiefsten Mißgeföhls.

### Die Wandergewerbesteuern in Goldmarkt

Dem Landtage ist eine Vorlage zugegangen, die bestimmt, daß die Steuer für den Gewerbetrieb im Umherziehen in Zukunft in Goldmarkt festzusetzen sei. Der Registrator soll 80 Goldmark betragen.

### Wohlfühlbezüge. Die Postenhalter können den Umlauf bei in Papiermarkt gezahlten Versorgungsgebühren in wech-

selbständige Zahlungsmittel infolge neuerer Anordnung des Reichspostministeriums weiterhin nur noch insofern ausgeben, als es sich um Gebühren für das zweite, dritte und vierte Novemberdrittel handelt. Von den Versorgungsgebühren der in Wartgeld und im Rückstand befindlichen sächsischen Beamten, Weisfeldern und Lehrern und deren Hinterbliebenen für die erste Dezemberhälfte kann deshalb der Teil von 70 v. H. durch die Postanstalten nicht in werbefähige Zahlungsmittel umgetauscht werden. Zum Ausgleich dafür werden die Versorgungsgebühren für die zweite Dezemberhälfte und gegebenenfalls auch spätere Zahlungen in voller Höhe in werbefähigen Zahlungsmitteln überwiesen werden.

## Dresdner Chronik

### Friedrich Wilhelm Heintze

Illustrierte Blätter bringen ein Bild des Exkorporationspaars mit der Unterschrift: Friedrich Wilhelm Heintze und der Arbeit zu widmen.

Frühe schläft jetzt wieder bei Kästle, Vängst verziehen ist ihm Eberle. Einzig bloß die Pflege der Familie und die Arbeit — sagt er — ist sein Ziel.

„Pflege der Familie“ ist verständlich. Regelmäßig kommt nach Jahresfrist auf die Welt ein Kollernind, bis endlich Selbst der Vater überboten ist.

Doch was will er wohl mit „Arbeit“ sagen, Da der Tag, für den er einst bestimmt, Heute, nun der Raifektoren geschlagen, Doch nicht mehr für ihn in Frage kommt?

Will er durch das Land der Schiefer wandeln, So wie Schindl und Jan, mit Kram und Tand, Und mit den Wandeltenderinnen handeln, Die sein Feuergeist einst selbst erlaub?

Will er sich mit Rosner-Karl Mieren, Wie er einmal es bereits getan? Denkt er dran, ein neues Buch zu schmieren, Teils Erinnerungswort und teils Roman?

Ober plant zu wirken er, wie Weiland Siegmund Erdhling nach dem Hedenlied? Liebt er die Kunst, die auf Hollands Eiland Er betrieb, schafft er in Teils als Schmied?

Ja, er schmiedet wohl, wie ich mit denke, Doch nicht Stahl, von Flammeneisen umloht, Sondern im Gefelmen arge Hälse Mit den Herrn Schwarzweil und schwarzweilrot.

Wegen deine Freiheit dreht er Finger, Den du, Volk, jetzt wieder bei dir hefft. — Daß ihn drum gehdrt auf die Finger, Daß du ihm beizest auf die Handverf legst!

Peter Michel.

### Wärmestuben für Kinder

Der Hauptlehrer für die weltliche Schule (Geschäftsstelle Dresden-A., Wettersplatz 10) hat am 27. November in einem Schreiben das Schulamt der Stadt Dresden auf die dringende Notwendigkeit der Einrichtung von Wärmestuben als Wärmestuben für die Kinder hingewiesen. Der Begründung dieses Wunsches entnehmen wir folgendes:

Durch die gegenwärtige große Not sind viele Eltern nicht mehr in der Lage, die hohen Preise für Holz und Kohlen zur Hausheizung zu bezahlen. Viele der Eltern sind zum Teil kurzweiliger oder gar ganz arbeitslos. Die Unterhaltung reicht gerade für den allernotwendigsten Lebensbedarf. Die Möglichkeit, sich freie Feuerung zu beschaffen, wird von einem großen Teile der Bevölkerung schon ausgenutzt, indem sie wochenlang und Sonntags hinausfährt, um Kohlen von der Kohlenhalde in Dölln oder Faudersode zu holen. Der einmal diesen Anbruch der Fernreisen anfertiger Bevölkerung an den Kohlenhalde gesehen hat, wer beachtet hat, unter welchen Umständen man sich dort abplagt, um ein Wägelchen solchen Schlamme nach Hause fahren zu können, kann ersehen, wie groß die Not des Volkes ist. Ein stundenlanger An- und Abfahrtdweg scheidet sie nicht zurück, um den nassen schlammigen Schlamm unter größter Anstrengung abzutransportieren. Eine Bevölkerung, die sich nicht in dieser ungeliebten Rollage befindet, würde wohl kaum daran denken, sich in einer solchen Weise abzumühen. Sobald Schneewehrmittel oder nasse Witterung eintrifft, wird der Abbau der Schlammhalde und das Abtransportieren immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich. Dabei ist der Abtransport durchaus nicht ungefährlich. Viele sind dabei schon zu Schaden gekommen, durch Verschüttung, Zusammenbrechen wegen allzu großen Anstresses und Leberanstrengung. Einem großen Teile der Bevölkerung, die in

den entfernt liegenden Stadtteilen, wie Striesen, Pieschen, Mitten usw. wohnen, ist das Holen des Schlamme wegen des großen Anfahrtdweges fast ganz unmöglich. Einem andern Teile fehlen dazu die nötige Kleidung der Handwagen bzw. das Geld zum Wagenleihen usw., so daß auch sie nicht daran denken können, sich auf eine billige Weise Brennmaterial zu verschaffen. Aus diesen Gesichtspunkten heraus, wird der Rat der Stadt Dresden dringend ersucht, den Besuch von Vereinstellen von Schulzimmern als Wärmestuben für Schulkinder im Interesse der Gesunderhaltung unserer Schuljugend statzugeben.

## Gegen die Schulpläne des Rates

Die Elternräte der Dresdner Volksschulen waren am Montag abend in der Turnhalle der 48. Volksschule versammelt, um nach einem eingehenden Vortrag des Herrn Lehrers Weise sich in eingehender Aussprache mit den in Heftdruck 10 entwickelten Plänen des Dresdner Stadtschulrates Dr. Garinade auf Einrichtung besonderer Sprachklassen an den Volksschulen zu beschäftigen. Vortrag und Debatte wurden sichtlich in der folgenden Entschliessung zusammengefaßt, die einstimmige Annahme fand:

Die Elternräte sind überzeugt, daß der Volksschule die Pflicht erwächst, für die Förderung vorhandener Begabungen besondere Vorkehrungen zu treffen. Sie lehnen aber die in Heftdruck 10 geforderte Einrichtung von Sprachklassen ab, weil in der deutschen Volksschule die Fremdsprache — bei aller Anerkennung ihres Bildungswertes — nicht den Organisations- und geschäftspunkt abgeben darf; weil in den Sprachklassen nur eine Auslese sprachlich begabter Kinder gefördert werden soll, während alle andern für die Kulturgemeinschaft nicht weniger wertvollen Begabungen unberücksichtigt bleiben, und weil die endgültige Absonderung einer Abteilung besonders Begabter aus pädagogischen Gründen nicht gerechtfertigt ist und unlosig wirken muß. Statt dessen fordern die versammelten Elternräte die Wiederherstellung der Volksschule in der Weise, daß vom 6. Schuljahr an neben einem für alle verbindlichen Kernunterrichte für die sprachlich Begabten ebenso wie für die praktisch, technisch, künstlerisch Begabten besondere Ergänzungskurse eingerichtet werden, in denen sie innerhalb der ordentlichen Pflichtstunden besonders gefördert werden. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß bei aller Pflege der Sonderbegabungen in den Kursen der Geist gegenseitigen Verstehens, Verständnisses und Helfens bei der gemeinsamen Arbeit im Kernunterrichte Lehrer und Schüler aller Begabungsgrade und Begabungsrichtungen miteinander verbinde.

## Ärzte und Krankenkassen

Dem S. P. D. Dienst wird zu dem Vorgehen der Krankenkassen gegen die Krankenkassen amtlich mitgeteilt:

In einzelnen ärztlichen Rundschreibungen gegen die Verfügung über Krankenhilfe vom 30. Oktober wird die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. November immer noch übergegangen. Sogar örtliche Vertreter der Ärzte wissen über die wahre Lage vielfach nicht Bescheid. Die Verfügung der Reichsregierung zur Aufstellung von Richtlinien ist aufgehoben. Rundschreibungen sind nur aus einem wichtigen Grunde zulässig und erst mit Entscheidung des paritätisch zusammengesetzten Überwachungsorgans zulässig. In vielen Orten setzen Ärzte die Behandlung von Kranken für Rechnung der Krankenkassen fort. Stellenweise besteht aber wirklicher Behandlungsstreik. Für dieses Vorgehen schämen Krankenkassen neuerdings auch andre Gründe vor. Sie stellen nunmehr wirtschaftliche Forderungen auf, insbesondere Verrechnung der ärztlichen Vergütung in Gold usw. Solche Forderungen werden aber von der Verordnung über die Krankenhilfe nicht berührt; für sie ist vielmehr der Reichsausschuss zuständig. Sobald die Krankenkassen ihre Mitglieder zum Reichsausschuss benennen, kann der Reichsausschuss sofort auch zu den wirtschaftlichen Forderungen Stellung nehmen. Ein Streit mit diesem Ziel entbehrt also erst recht jeder Begründung, weil andre Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft sind. An den Ärzten liegt es, den Zusammentritt des Reichsausschusses möglich zu machen.

## Die Autoperre an Sonntagen

Der Fabrikbesitzer Kühnacker aus Dresden befuhr am zweiten Osterfesttag 1923, abends gegen 7 Uhr, mit seinem Auto die Bergstraße Dresden-Gautern, obwohl diese Straße auf Grund der sächsischen Verordnungen vom 22. November 1922 und 15. März 1923 an Sonn- und Feiertagen, von früh 8 bis abends 8 Uhr, für den Kraftwagenverkehr gesperrt ist. Gegen die Strafverfügung erhob Kühnacker Einspruch mit der Begründung, daß an der Straße keine Verkehrszeichen aufgestellt sei, somit ihn auch keine Schuld trafe, wenn er die Straße besahren habe. Demgegenüber hat das Schöffengericht in Beschützung des Strafbefehls betont, daß das Fahrverbot durch die Amtshauptmannschaft ordnungsgemäß veröffentlicht worden sei und der Angeklagte, der in Dresden wohne, als Kraftfahrzeugbesitzer die Verpflichtung habe, sich um die für Dresden und weitere Umgebung für den Kraftwagenverkehr geltenden Bestimmungen zu kümmern. Das Angeklagte einer Verkehrszeichen sei lediglich eine Verwaltungsmaßnahme, die für die Gültigkeit der Verordnung nicht maßgebend sein könne. Der Angeklagte habe dadurch, daß er sich um die geschiedenen Vorschriften nicht kümmerte, fahrlässig gehandelt. In der Revision des Angeklagten wurde nochmals geltend gemacht, daß das Fahr-

Sonne war wiedergekehrt; die erwachende Welt des Nordens rief es ihm zu. Das Leben regte sich; man sah die Frühling in der Luft, das Wachstum unter dem Schnee, man meinte, wie der Saft in die Bäume emporstieg und die Knospen die Bande des Winters brachen.

Einauge warf der Gefährtin bittende Blicke zu, aber sie hatte nicht den Wunsch aufzugeben. Er blühte hinaus und sah einige Schneehühner vorüberziehen. Er sprang auf, blühte wieder nach der Gefährtin hin, legte sich nieder und schlummerte weiter. Ein schieltes, scharfes Surren traf sein Ohr. Er fuhr sich ein paarmal schlaftrig mit der Pfote über die Nase, dann wachte er vollends auf. Da summte über seiner Nase eine einsame Wäde in der Luft. Es war eine ausgetrocknete Wäde, die den Winter hindurch eingefroren in einem trockenen Stiel Holz gelegen und welche die Sonne nun aufgetaut hatte. Da konnte er nicht länger widerstehen; die Welt draußen rief ihn, auch fühlte er Hunger.

Er kroch zur Wäde hin und ersuchte, sie zum Aufsteigen zu bewegen. Aber sie knurrte ihm nur an, und so wanderte er allein in den hellen Sonnenschein hinaus, wo der Schnee an der Oberfläche weich und das Gehen beschwerlich war. Er ging auswärts an dem gefrorenen Flußbett, wo im Schatten der Bäume der Schnee noch hart und wie kristallisiert war. So wanderte er stundenlang und kehrte erst in der Dunkelheit hungriger denn je zurück. Zwar hatte er Wäde gefressen, aber nichts erwärmt. Er war durch die Kräfte des schmelzenden Schnees erdrückt, während die weißen Kaninchen leichtfüßig darüber hinwegzogen waren.

Wädelich blieb er am Eingange der Höhle mittraulich stehen. Schwache, seltsame Laute machten sich drinnen bemerkbar, doch kamen sie nicht von der Wäde her, obwohl sie ihm bekannt vorkamen. Vorsichtig kroch er auf dem Bauche hinein, als ein warmes Murmen von der Wäde ihm herdrückte. Er blieb zwar gehorht in einer Entfernung liegen, aber die Töne interessierten ihn. — Sie klangen wie ein schwaches, halbersticktes Schreien und Schlabbren.  
(Fortsetzung folgt.)

## Wolfsblut

Von Jack London

Da befreite ihn seine Genosin aus der rätselhaften Lage, indem sie ihm das Kaninchen wegnahm und, während das Bäumchen über ihr sich drohend und rasselnd hin und her bewegte, dem Tierchen ruhig den Kopf abhieb. Sogleich knellte das Bäumchen in die Höhe und verurteilte seine Verlorenheit mehr, sondern verblieb in der anständigen, senkrechten Stellung, die die Natur ihm gegeben hatte. Darauf verzehrten Einauge und die Wädelin zusammen den Klau, den das geheimnisvolle Bäumchen für sie gefangen hatte.

Es gab aber noch mehr Wege und Stege, wo Kaninchen in der Luft hingen, und das Wolfspaar fand sie eins nach dem andern, denn die Wädelin hatte die Führung übernommen und Einauge folgte aufmerksam und lernte, wie man Schlingen ausraubt, was ihm in Zukunft noch gute Dienste leisten sollte.

### Das Lager

Zwei Tage hindurch umkreiste die Wädelin mit Einauge das Indianerlager. Er war in erster Sorge, daß seine Gefährtin sich anlocken lassen und ihn verlassen würde. Als eines Morgens jedoch dicht neben ihnen der Knall einer Büchse erkante, und die Angel einige Zoll von Einauges Kopf entfernt in den Stamm eines Baumes einschnappte, da ärgerten sie nicht länger, sondern wanderten mit langen, schlängelnden Schritten hinweg, bis viele Meilen sie von der Gefahr bewahrte.

Sie wanderten jedoch nur wenige Tagereisen weit. Das Verlangen der Wädelin nach dem, was sie suchte, wurde immer dringender. Sie war schwerfällig geworden und konnte nur langsam laufen. Einmal gab sie die Verfolgung eines Kaninchens auf das sie sonst mit Leichtfertigkeit gefangen hätte, und legte sich nieder, um zu ruhen. Einauge kam zu ihr, aber als er ihr leise mit der Schnauze den Hals berührte, schnappte sie so rasch und wild nach ihm, daß er einen Purzelbaum schloß und eine höchst lächerliche Figur spielte, wie er ihre Zähne ver-

melnen wollte. Allein je größer ihre Festigkeit wurde, desto geduldiger und fürsorglicher wurde er.

An einem Abendstunde des Wädeln, das zur Sommerzeit wohl lustig dahinfliegen mochte, nun aber bis zum Grunde des Fessendettes zugefressen war und von der Quelle bis zur Mündung tot und weiß dalag, fand sie endlich, was sie suchte. Sie war müde weitergetrieben, ihr Gesicht immer eine Strecke voraus, als sie an eine hohe, steile Lehmbank kam. Sie wandte sich zur Seite und trabte zu ihr hin. Die Frühlingsschirme und die Schneeschmelze hatten das Ufer hier an einer Stelle unterwachsen und aus einer engen Spalte eine kleine Höhle gemacht.

Vor der Öffnung machte sie Halt, und besah sich genau die Wand. Dann lief sie zuerst auf der einen Seite, dann auf der andern am Fuße der Wand entlang bis dahin, wo der flache Boden zum Ufer abfiel. Dann kehrte sie zur Höhle zurück und kroch durch die enge Öffnung. Sie hatte nur eine kurze Strecke weit zu kriechen, dann wichen die Wände zurück und bildeten höher aufsteigend eine kleine, runde Kammer, kaum sechs Fuß im Durchmesser. Die Decke war dicht über ihrem Kopfe, aber der Raum war trocken und behaglich. Sie beschleunigte alles forsich, während Einauge am Eingange stand und sie neugierig beobachtete. Endlich setzte sie den Kopf hielt die Nase dicht am Boden und drehte sich mehrere Male um und um, worauf sie sich mit einem Seufzer, der fast wie ein Brummen klang, zusammenrollte die Wände ausstreckte und den Kopf nach dem Eingange gerichtet niederlegte. Einauge schaute ihr zufrieden mit aufmerksamem Gesichte zu, und sie konnte gegen das weiße Licht sehen, wie er gutmütig mit dem Schwelze wedelte.

Aber Einauge war humorlos. Er leerte sich zwar am Eingange der Höhle zum Erlasse nieder, doch kroch er von Zeit zu Zeit auf spitz die Föhren und Scheute nach der hellen Welt draußen, wo die Kräfte der Natur auf den Schnee schien. Schlummerte er wieder ein, so schlug an sein Ohr das schwache Rispeln und unmerkliche Tröpfeln tauenden Wassers, und er pflegte dann aufzufahren und gespannt zu lauschen. Ja, die

Seite 4  
afem  
das Wfo. ma  
b. 1.50  
ermäßigun  
wert  
Kirche 3  
5.  
mittel  
blüht im  
etliche  
meine  
en.  
Ber.  
10  
80  
35  
35  
rung  
lung  
fort  
schen.  
(1927  
ge  
Borral  
heit!  
le  
tel  
Stoffen:  
21  
antein  
haben  
(1928  
Wieder  
rkulom  
labattl  
1929  
göschne

